

Nationale Minderheiten (Polen und Elsass-Lothringer) im preußisch-deutschen Heer während des Ersten Weltkriegs 1914–1918

von Jens Boysen

Die preußische Armee zog im August 1914 als mit Abstand größtes Kontingent des deutschen Heeres in den Krieg; die Ersatzbezirke ihrer westlichsten und östlichsten Armeekorps bildeten zugleich die Aufmarschräume gegenüber den Hauptgegnern Frankreich und Russland. Schon seit den 1890er Jahren war vor allem hier eine umfangreiche militärische Infrastruktur aufgebaut worden – insbesondere im Festungs- und Eisenbahnwesen –, die sich materiell und personell auf die zivilen Strukturen stützte.¹ Der seit 1905 maßgebliche Schlieffenplan änderte daran strukturell wenig, seine Bedeutung lag vor allem im operativen Bereich, wo er der deutschen Planung einen stärker offensiven Charakter verlieh. Außerdem wurde auch das Ersatz- bzw. Mobilmachungswesen in den westlichen und östlichen Grenzgebieten am weitesten perfektioniert.² Technisch und logistisch war am Vorabend des Krieges somit alles getan, um durch ein höchstmögliches Offensivpotenzial wenigstens die Chance auf einen Sieg im antizipierten Zweifrontenkrieg zu sichern. Zu diesen Vorbereitungsmaßnahmen zählte auch, und zwar schon seit der Zeit der Einigungskriege, die politische und militärische Integration der Bevölkerung in den neuralgischen Grenzgebieten, die im Norden, Osten und Westen in hohem Maße „nichtdeutscher“ Nationalität war bzw. deren nationales Identitätsprofil deutliche Abweichungen von dem erkennen ließ, was im preußisch-deutschen Kaiserreich als Norm angesehen wurde: die Dänen in Schleswig, die Polen in den Ostprovinzen und die „Elsass-Lothringer“ im gleichnamigen Reichsland, in dem die historisch, sprachlich und kulturell durchaus unterschiedlichen „Stämme“ der Elsässer und Lothringer 1871 zusammengefasst worden waren. In ‚objektiver‘ Hinsicht wiesen alle drei bzw. vier Gruppen beträchtliche Unterschiede auf, die sich aber in der ‚subjektiven‘ Beurteilung durch

¹ Vgl. Arden Bucholz, Moltke, Schlieffen, and Prussian War Planning. New York/Oxford 1991, S. 288-298.

² Vgl. Hermann Rahne, Mobilmachung. Militärische Mobilmachungsplanung und -technik in Preußen und im Deutschen Reich von Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg. Berlin 1983 (Militärhistorische Studien 23, N.F. – NVA, Militärgeschichtliches Institut der DDR), S. 106 ff.

die preußischen und die Reichsbehörden anders niederschlugen, als es vielleicht zu erwarten gewesen wäre.³

Während die Dänen und Polen tatsächlich *nationale* Minderheiten gemäß der klassischen⁴ ethnokulturellen Definition waren (und die Polen sich in ihrer großen Mehrheit zusätzlich durch ihre katholische Konfession von ihren deutschen Nachbarn abhoben), waren die „Elsass-Lothringer“ – neben dem strategischen Interesse an dieser Region – gerade als *ethnische Deutsche* ins Reich integriert worden. Jedoch hegten die im Reichsland tätigen „altdeutschen“ Beamten ein generisches Misstrauen gegenüber der von der vorherigen 200-jährigen Zugehörigkeit zu Frankreich geprägten Bevölkerung – und das, obwohl der harte Kern der Frankophilen nach 1871 für Frankreich optiert hatte und dorthin abgewandert war. Hauptgrund für diese widersprüchliche Haltung, welche die Integration des Landes ins Reich massiv behinderte, war der paradoxe Umstand, dass die französische Kultur als ebenbürtig angesehen wurde, was sich z.B. an der gleichbleibend großen Bedeutung des Französischen im Schulwesen zeigte – im Gegensatz zu der rigiden Bekämpfung des Dänischen und Polnischen in den jeweiligen Gebieten. Außerdem galt den Behörden wegen des politischen Gewichts Frankreichs im damaligen Europa alles „Französische“ zugleich als potenziell gefährlich, weswegen auch die mehrheitlich integrationswillige deutsch- bzw. alemannischsprachige Bevölkerung unter dem steten Verdacht der nationalen Illoyalität stand. Dieses subjektive Bedrohungsgefühl war gegenüber der überwiegend ländlichen dänischen und polnischen Bevölkerung weit weniger ausgeprägt; vor allem die gegen die Polen verhängten diskriminierenden Maßnahmen entsprangen vielmehr der missionarischen Idee von der „kulturellen Hebung“ eines als in vielerlei Hinsicht als rückständig empfundenen Ostens. Schleswig schließlich erhielt seitens der staatlichen Stellen auf preußischer bzw. Reichsebene die relativ geringste Aufmerksamkeit; hier wirkte vor allem im regionalen Deutschtum das antidänische Ressentiment von 1848/49 und 1864 fort. Die *ethnischen* Minderheiten wie etwa Masuren,⁵ Friesen und Sorben – die also kein „Mutterland“ außerhalb Deutschlands hat-

³ Aufgrund der verwendeten Quellenbasis findet keine gleichmäßige Behandlung der verschiedenen Minderheiten über den Betrachtungszeitraum hinweg statt; vielmehr ergeben sich letztlich zufällig wechselnde Gewichtungen.

⁴ Im Sinne des Herderschen, für Mitteleuropa damals maßgeblichen Paradigmas.

⁵ Vgl. Andreas Kossert, *Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870–1956*. Wiesbaden 2001 (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien. 12), S. 66–72.

ten – waren zwar im Wilhelminismus einer ähnlichen Assimilationspolitik ausgesetzt, spielten aber wegen ihrer mangelnden internationalen Verbindungen im Bedrohungsbild der zivilen und militärischen Reichsleitung keine Rolle.

Aus der Perspektive der preußischen Armeeführung war Dänemark kein Gegner und Schleswig bzw. Jütland – gemessen an den militärischen Hauptsicherungszonen an der West- und Ostgrenze – strategisch zweitrangig. Schleswig-Holstein war vor allem im Rahmen der Marinetätigkeit in der Nord- und Ostsee von Interesse; daher erschien die „Nordmark“ gegenüber der „West-“ bzw. „Ostmark“⁶ relativ unbedeutend. Unabdingbar für den Ernstfall war in allen Provinzen bzw. Korpsbezirken jedoch die Zuverlässigkeit der lokalen Bevölkerung bzw. der Gehorsam der Militärpflichtigen. Tatsächlich hatte die preußische Armee besonders seit den 1880er Jahren im Rahmen der Rekrutenaushebung danach gestrebt, die Wehrpflichtigen „nichtdeutscher Zunge“ möglichst weiträumig und ‚heimatfern‘ über die verschiedenen Armeekorps und auf mehrheitlich deutschsprachige Garnisonen zu verteilen; dabei war es teilweise sogar zu einem räumlichen Austausch dänischer und polnischer Rekruten gekommen.⁷ Zweck dieser Maßnahme war die *Akkulturation* der Betroffenen, d.h. ihre Gewöhnung an die deutsche Kommandosprache und allgemein an die militärische Kultur, deren Kern der unbedingte Gehorsam und die Verinnerlichung der mechanischen Abläufe waren. Im Unterschied zu einer Politik der *Assimilation* (wie sie der preußischen Armee lange Zeit ohne triftige Belege und auf Basis unzureichender theoretischer Begriffsbildung unterstellt wurde⁸) ging es dabei wohl nicht oder nur in untergeordnetem Maße um einen Beitrag zu einer „Germanisierung“ der Rekruten im Sinne einer Umprägung der nationalen Identität. Abgesehen von der praktischen Unmöglichkeit eines solchen Vorgangs ignoriert diese Sicht (die eher eine Art Opferphantasie darstellt) vor allem das – seit jeher bekannte – ‚ständische‘ Selbstverständnis der Mehrheit des preußischen Offizierskorps und sein autoritäres Erziehungsziel gegenüber

⁶ Diese Bezeichnungen verwendeten bevorzugt Presseorgane des Verbandes, des Ostmarkenvereins und anderer so genannter „vaterländischer Verbände“.

⁷ Siehe die Meldung „Rekruci polscy i duńscy w wojsku niemieckim“ [Polnische und dänische Rekruten im deutschen Heer] in der Posener Zeitung Wielkopolanin, Nr. 171, Jg. 4, vom 30.7.1886.

⁸ Zur Diskussion dieser Problematik grundlegend die Aufsätze in: *Procesy akulturacji/asymilacji na pograniczu polsko-niemieckim w XIX i XX wieku* [Akkulturations- und Assimilationsprozesse im deutsch-polnischen Grenzgebiet im 19. und 20. Jahrhundert], hrsg. v. Witold Molik u. Robert Traba. Poznań 2000.

den ihm auf Zeit unterstellten Zivilisten. Dieses Ziel – dem die genannte Imprägnierung durch den Gehorsam primär diente – lag neben den militärischen Funktionen in der Unterordnung ziviler unter militärische Wert- und Ordnungsbegriffe; und es richtete sich gegen alle Zivilisten einschließlich der „genuinen“ Deutschen. Das Ethnos stellte folglich kein erstrangiges Kriterium dar. Zwar war besonders bei der Auswahl des *Offiziersnachwuchses* eine nichtdeutsche Herkunft eines von mehreren möglichen Ausschlusskriterien; dazu zählten aber ebenso, wenn nicht in höherem Maße, eine nichtprotestantische bzw. nichtchristliche Konfession (Katholiken bzw. Juden), eine ‚falsche‘ politische Einstellung (d.h. alles links der National-liberalen) bzw. und vor allem eine zu „niedrige“ soziale Abkunft: Selbst Söhne des Großbürgertums mit Abitur wurden nach 1890 nur zähneknirschend und auf persönlichen Druck des Kaisers hin akzeptiert; und selbst jene fanden bis 1914 kaum Eingang in die „besseren“ Regimenter etwa des Gardekorps. All diese gesellschafts-politischen Positionen waren *aristokratische* und hatten mit dem im akademischen Bürgertum um sich greifenden ethnozentrischen Denken wenig zu tun. Und so ist auch die Härte der Ausbildung samt der häufig vorkommenden Misshandlungen von Rekruten⁹ in erster Linie als eine raue Form der *sozialen* Einpassung zu betrachten, zumal es auch hier keine nachweisbare Spezifik bei den Angehörigen nationaler Minderheiten gab. Dass sich die sprachlich isolierten Polen und Dänen (die Elsässer dürfte dieses Problem weniger betroffen haben, wohl aber einige Lothringer) oft nicht wohl fühlten und Heimweh verspürten, ändert an diesen objektiven Umständen nichts; außerdem bedeutete der Heeresdienst auch für viele ethnisch deutsche Rekruten, sofern sie vom Land stammten, eine erhebliche Herausforderung zur zivilisatorischen Anpassung.¹⁰

Die vermeintlich „französierten“ und daher so beargwöhnten Elsass-Lothringer mussten schon seit 1871, also früher und konsequenter als die anderen Minderheiten, den Wehrdienst *heimatfern* versehen; im Reichsland – wo demzufolge fast ausschließlich „altdeutsche“ (überwiegend preußische und bayerische) Rekruten dienten und das zugleich als ein einziges „Glacis“ (Bollwerk) gegen Frankreich konzipiert war – trat gerade das Militär wiederholt im Stil einer Kolo-

⁹ Vgl. Hartmut Wiedner, Soldatenmißhandlungen im Wilhelminischen Kaiserreich, in: für Sozialgeschichte 22 (1982), S. 159-191.

¹⁰ Vgl. Werner K. Blessing, Disziplinierung und Qualifizierung. Zur kulturellen Bedeutung des Militärs in Bayern, in: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), S. 459-479.

nialmacht auf und verdarb sich damit bei der zwar eigentlich nicht profranzösisch, aber in der Tat ‚zivil‘ eingestellten Bevölkerung viele Sympathien. Der bekannte politische Tiefpunkt dieser Entwicklung war die Zabern-Affäre von 1913; strukturell wichtiger war aber wohl die weitgehende Ablehnung elsässisch-lothringischer Offiziersaspiranten in den hier stehenden Armeekorps. Diese Abgelehnten traten häufig jenseits der Grenze ins französische Offizierskorps ein und wurden zu erbitterten Gegnern der „Preußen“, was sich gerade im Weltkrieg zeigen sollte.¹¹

In den strategisch nicht weniger wichtigen Ostprovinzen legten die Militärbehörden und -befehlshaber im Frieden ein wesentlich gelasseneres Verhalten an den Tag und hegten aus einer paternalistisch-herablassenden Haltung heraus gegenüber der polnischen Bevölkerung deutlich geringere Vorbehalte als gegenüber der des Reichslandes. Das lässt sich jedenfalls daraus schließen, dass sich das Militär kaum zur Unterstützung von Maßnahmen bereitfand, die besonders nach der Jahrhundertwende das von alldeutschen Ideen beeinflusste Innenministerium und die ihm unterstellten Zivilbehörden zur „Deutschtumsförderung“ initiiert hatten.¹² Besonders weigerte sich die Armeeführung in den meisten Fällen, Truppenteile in bestimmte Ortschaften ohne strategische Bedeutung zu verlegen, um die deutsche Bevölkerung vermeintlich „wirtschaftlich und moralisch zu stützen“ und so die Folgen der seit der Reichsgründung beobachtbaren – primär wirtschaftlich begründeten – „Ostflucht“ zu lindern. Ein wesentlicher Grund für diese Einstellung war, dass die preußische Armeeführung ganz auf Russland als äußeren Gegner konzentriert war und den Polen, ungeachtet aller innenpolitischen Spannungen, keine prorussischen Neigungen unterstellte – dies traf auch, sieht man von einem Teil der Anhänger der Nationaldemokratie (*Endecja*) ab, weitgehend zu. Zugleich scheint ungeachtet der Distanz, welche die meisten Polen mit der Zeit zu den preußischen staatlichen Institutionen einnahmen, gerade die Armee durch ihr ‚professionelles‘ Auftreten noch einen gewissen Respekt in der polnischen Bevölkerung genossen zu haben. Viele Polen, vor allem die Veteranen der Einigungskriege, waren auch – zumindest bis ca. 1900, als die staatliche

¹¹ Vgl. Eberhard Naujoks, Die Elsass-Lothringer als „preußische Minderheit“ (1870–1914), in: Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat, hrsg. v. Peter Baumgart. Köln/Wien 1984, S. 449–473.

¹² Aktenbestand im Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStAPK), I. HA, Rep. 77, Tit. 332e: Dislokationen, Nr. 14: Belegung kleinerer und mittlerer Städte der Provinzen Posen und Westpreußen mit Garnisonen, Bd. I: 1900–1913, o. Pag.

Vereinspolitik germanisatorische Züge annahm – Mitglieder in Kriegervereinen.¹³

Zumindest in der unmittelbaren Vorkriegszeit wurde der Umgang mit den nationalen Minderheiten in unterschiedlichem Maße auch von außenpolitischen bzw. strategischen Erwägungen beeinflusst. Während die (jedenfalls gedachte) Verbindung zwischen den Elsass-Lothringern und Frankreich relativ offensichtlich erschien und daher für den Kriegsfall scharfe Kontroll- und Sicherungsmaßnahmen vorgesehen waren, scheinen hinsichtlich der polnischen Heeresangehörigen – nach Maßgabe der relativ wenigen aussagekräftigen Quellen, die hierfür noch vorhanden sind – solche Anweisungen weniger oder gar nicht ausgearbeitet gewesen zu sein. Zum Zeitpunkt des Kriegsbegins 1914 befanden sich die gerade dienenden Wehrpflichtigen durch das landesweite ‚Verstreuungssystem‘ in Garnisonen in allen Teilen Preußens bzw. des Reichslandes oder auch bei der Marine in den Küstenstandorten. Da entsprechend dem Schlieffenplan die meisten Armeekorps an der Westfront aufmarschierten, kamen auch die meisten ethnischen Polen dort zum Einsatz. Für den Osten, wo das Heer zunächst eine Defensivstellung bezog, gibt es keine Hinweise auf eine *planvolle* gesonderte Politik gegenüber den Polen in Uniform. Die 1914 im Osten neben dem 8. Armeekorps vorhandenen Kräfte – v.a. Landwehr- und Landsturmeinheiten¹⁴ – bestanden größtenteils aus lokaler Bevölkerung, also auch aus zahlreichen Polen; das betraf etwa die wichtigen Festungsbesetzungen in Thorn und Posen. Laut Aussage eines prodeutscher Sympathien unverdächtigen Zeitzeugen wurden an die polnischen Soldaten der Posener Garnison am 1. August 1914 sogar Gesangbücher und andere Materialien in polnischer Sprache ausgeteilt, in der Hoffnung, sie dadurch „auf die Seite einer propreußischen Politik zu ziehen“.¹⁵ Allerdings war der vor dem Krieg mit seinem vor dem Erfolg der polnischen Nationalbewegung warnenden Buch „Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat“ (Leipzig 1911) hervorgetretene Ludwig Bernhard der Auffassung, durch die „Durchsetzung der polnischen Bevölkerung mit deutschen Ansiedlern“ und die „gegenseitige Kontrolle der deutschen Ansiedler und der polnischen Bauern [... sei ...] die Loyalität

¹³ Akten im GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 15512: Geheimes Zivilkabinett, jüngere Periode, XXI Posen 5: Akten betr. die Schützen- und Krieger-Vereine (4 Bde., 1883–1914).

¹⁴ Vgl. Rahne, Mobilmachung (wie Anm. 2), S. 106 ff.

¹⁵ „starając się przeciągnąć Polaków na stronę polityki prusofilskiej“. Kazimierz Suchowiak, Tajna Organizacja Niepodległościowa T.O.N. [Die geheime Unabhängigkeitsorganisation T.O.N.]. Poznań 1922, S. 15.

der Polen (...) wesentlich befördert“ und mithin die Mobilmachung entscheidend erleichtert worden.¹⁶

Während jedenfalls die Soldaten in der gewaltigen Mobilisierungsmaschine fest eingebunden waren, richtete sich das Misstrauen der Behörden, und d.h. unter den Bedingungen des am 31. Juli 1914 verhängten Belagerungszustands vor allem das der Stellvertretenden Generalkommandos,¹⁷ in den ersten Tagen des Krieges gegen die *zivilen* Führungspersönlichkeiten der Minderheiten. Zwar griffen die Maßnahmen zur Sicherung des Burgfriedens und zur zentralen Koordinierung der Kriegswirtschaft grundsätzlich auch bei diesen Bevölkerungsteilen; außerdem hatte der preußische Kriegsminister unmittelbar vor Kriegsbeginn in einem Erlass vom 25.7.1914 über die „Richtlinien für die bei Erklärung des verschärften Kriegszustandes zu ergreifenden Maßnahmen“ die Stellvertretenden Generalkommandos darauf hingewiesen, „es [sei] nicht erwünscht, dass politische Parteien durch Unterdrückung ihrer Presse und Verhaftung ihrer Führer von vornherein in einen scharfen Gegensatz zur Regierung hineingetrieben werden. Deshalb [sei] zunächst ein abwartendes Verhalten, bei strenger Überwachung gegenüber der sozialdemokratischen, polnischen, dänischen und elsass-lothringischen Presse angezeigt.“¹⁸

Dies war auch ganz im Sinne von Reichskanzler Bethmann-Hollweg, der am 15. August 1914 für eine behutsame „Behandlung der Sozialdemokratie, der Polen und Dänen sowie der Presse“ eintrat. Zwei Tage zuvor hatte auch der Chef des Generalstabs einen Erlass herausgegeben, in dem er im Sinne des Burgfriedens auf die Notwendigkeit des Erscheinens polnischsprachiger Zeitungen hinwies, „deren Unterdrückung nur in ganz besonderen Fällen gebilligt werden könne“.¹⁹

¹⁶ Abschrift eines Berichts von Ludwig Bernhard an den Chef des stellvertretenden Generalstabes vom 19.8.1914, in: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Titel 863a: Weltkrieg, besonders Polenfrage, Nr. 2b: Preußische Polenpolitik. Verhalten der Polen im Kriege 1914/18, f. 252-256.

¹⁷ Die eigentlichen Generalkommandos (Gen.-Kdos.) waren mobilisiert worden und mit der Masse ihrer Armeekorps (AK) ins Feld gerückt. Zum Gesamtkomplex der zivilmilitärischen Zusammenarbeit siehe Wolf-Rüdiger Schrumpf, Territoriale Kommandogewalt und zivile Verwaltungskompetenz im 1. Weltkrieg – Konsens, Kooperation, Konflikt. Eine Studie über die Aktivitäten des Stellvertretenden Generalkommandos des VII. Armeekorps und der Mittelbehörden der Provinz Westfalen bei der Versorgung der Zivilbevölkerung. Münster 1995.

¹⁸ Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918, hrsg. v. Wilhelm Deist. 2 Bde., Düsseldorf 1970 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe: Militär und Politik. I/1 und 2), Nr. 77: Schreiben des preußischen Kriegsministeriums an die preußischen Gen.-Kdos. Richtlinien für die bei Erklärung des verschärften Kriegszustandes zu ergreifenden Maßnahmen vom 25.7.1914, S. 189.

¹⁹ Ebenda, Nr. 79: Erlaß des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an die bundesstaatlichen

Und am 14. August hatte der Stellvertretende Kommandierende General des XVII. Armeekorps in Danzig auf Drängen des westpreussischen Oberpräsidenten hin und „im Hinblick auf die patriotische Haltung, welche auch der polnischsprechende Teil der Bevölkerung seit dem Beginn der Mobilmachung gezeigt ha[be]“, die bei Kriegsbeginn verhängte Pressezensur wieder aufgehoben, und dies „in dem Vertrauen, dass die polnische Presse die Treue gegen Kaiser und Reich in keiner Weise verletzen werde, und (...) dass sie nicht nur allen Beschränkungen, welche der gesamten Presse im Interesse des Deutschen Heeres, der Reichsmarine und der verbündeten Kriegsmacht auferlegt sind oder auferlegt werden, sich strenge unterwerfen, sondern auch sonst die Interessen der Landesverteidigung willig fördern werde.“²⁰

Dennoch gingen er und mehrere andere Stellvertretende Kommandierende Generäle in jenen Tagen daran, prophylaktisch zahlreiche prominente Vertreter polnischer Vereine und Organisationen zu verhaften.²¹ Angesichts der auch unter der polnischen Bevölkerung weitgehend reibungslos ablaufenden Mobilmachung und da die Verdachtsmomente gegen die Verhafteten sich bald auflösten, wurden aber die meisten schnell wieder freigelassen, auch auf Fürsprache ziviler Stellen hin, die die korrekte Haltung der Polen nicht gefährden wollten. Allerdings gab es hierzu deutscherseits durchaus unterschiedliche Beurteilungen. Die Presse neigte häufig zu relativ positiven Einschätzungen; so schrieb der Schriftsteller Emil Ludwig am 28. November 1914 für das „Berliner Tageblatt“ unter dem Titel „Posen im Kriege“:

„Nirgends hat sich der Zusammenschluß mit fremdem Stamme in Deutschland besser bewährt als hier mit den Polen. In Posen, in Preußen und in Oberschlesien ist die Mobilmachung der deutschen Polen mit einer Präzision und Selbstverständlichkeit verlaufen, die um so erstaunlicher ist, je vorurteilsfreier man die Verschärfung der Gegensätze gerade in den letzten Jahren betrachtet. polnische Bauern sind unter die deutschen Fahnen

Kriegsministerien und die Gen.-Kdos. betr. die Wahrung des Burgfriedens vom 13.8.1914, S. 194, inkl. Anm. 4.

²⁰ Abschrift einer Verfügung des Stellvertretenden Kommandierenden Generals des XVII. AK vom 14.8.1914, in: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Titel 863a: Weltkrieg, besonders Polenfrage, Nr. 12: Verhaftungen von Polen 1914–1917, f. 53.

²¹ Vgl. ebenda. Solche Maßnahmen waren schon im Frieden mit entsprechenden Listen vorbereitet worden und trafen in städtischen Gebieten v.a. Sozialdemokraten; vgl. Schrupf, Kommandogewalt (wie Anm. 17), S. 78.

geeilt. Nie hat man etwas Abfälliges über einen einzigen gehört, und das Urteil, auch des schärfsten Haktisten, räumt den Polen Bravour und Gehorsam in bedeutendem Maße ein. Groß ist die Zahl der polnischen Kriegsfreiwilligen, und das erklärt auch das Fehlen einer ‚Polnischen Legion‘ nach Art der galizischen und russischen.“²²

Nun wäre die Aufstellung von Legionen ohnehin weder mit den allgemeinen noch mit den militärpolitischen Grundsätzen der preußisch-deutschen Führung vereinbar gewesen; man duldet nicht einmal die Werbung für die mit Österreich-Ungarn verbündeten Legionen Józef Piłsudskis im deutsch besetzten Teil Russisch-Polens.²³ Aber auch generell waren staatliche Stellen deutlich skeptischer als die Presse. Ein bekannt polenkritischer Protagonist wie der frühere posensche und seit 1911 pommersche Oberpräsident Wilhelm v. Waldow monierte im Oktober 1915 gegenüber dem Innenminister:

„Dass die Soldaten polnischer Nationalität sich brav geschlagen haben, wird man ihnen kaum als ein besonders zu belohnendes Verdienst anrechnen können. Sie haben ebenso wie ihre Kameraden deutscher Muttersprache für den Schutz ihres heimatlichen Bodens und für das Leben und Eigentum ihrer Familien gekämpft. Die Haltung der polnischen Bevölkerung in der Heimat hat, nach der polnischen Presse zu urteilen, sich nicht über eine abwartende Neutralität erhoben, die in der kritischen Zeit, als mit der Gefahr eines russischen Einbruchs zu rechnen war, zur unfreundlichen Neutralität herabsank. Ohne den Zwang des Belagerungszustandes wäre die deutschfeindliche Gesinnung der Nationaldemokraten wohl zu deutlicherem Ausdruck gekommen.“²⁴

Tatsächlich war die antideutsche Haltung der im Posenschen führenden Nationaldemokraten allen preußischen Stellen bewusst – ebenso aber, dass diese Partei ein Gegner riskanter Aktionen war und ihr

²² GStAPK, I. HA, Rep. 77, Titel 863a: Weltkrieg, besonders Polenfrage, Nr. 13: Polen und andere Kriegssachen. Allgemeines (1914/15), f. 99.

²³ Laut dem preußischen Innenminister v. Loebell wegen deren „linker“ Orientierung – Denkschrift vom 5.11.1914, in: Ebenda, Nr. 2b: Preußische Polenpolitik. Verhalten der Polen im Kriege 1914/18, f. 271 f.

²⁴ Ebenda, f. 320-336: Abschrift Schreiben von Waldow vom 29.10.1915 an Innenministerium; Unterstreichungen im Original.

Verhalten weitgehend opportunistisch ausrichten würde. Eine abwägende Position zu diesem Thema nahm Anfang 1915 als Vertreter der ‚Verwaltungsbasis‘ der Landrat des Kreises Schwetz, Provinz Posen, ein. Er wandte sich gegen die Aussage des Deutschen Ostmarkenvereins, wonach die preußischen Polen Sympathien für Russland hegten, und bestätigte, die Mobilmachung sei „glatt“ verlaufen, auch wenn die Polen keine große Begeisterung gezeigt hätten. Auch betonte er die grundsätzliche Bindekraft des preußischen Staates – und nicht zuletzt der Armee – jenseits der „völkischen“ Trennlinien. Zugleich unterstrich er, die langfristige Haltung der meisten Polen werde wesentlich vom Kriegsverlauf abhängen: „Sie sind nicht gegen uns, aber sie sind nur bedingt für uns, sie hoffen für sich, dass in den Wirren dieser Zeit sich eine günstige Chance für sie biete. ‚Sie‘ sind die politisch geschulten, führenden Kreise, nicht der einfache Mann, dem ‚der Kaiser‘ viel näher steht; ‚uns‘ ist nicht unsere Armee, sondern der politische Körper des deutschen Reiches.“²⁵

So gesehen, war die Zukunft ungewiss. Gemessen an den anderen Schwierigkeiten, die bei der zivil-militärischen Zusammenarbeit während des Weltkrieges auftraten, bildete die innere Politik gegenüber den Polen dennoch, zumindest bis 1916, eher einen Nebenaspekt. Dies lag unter anderem daran, dass ab Anfang 1915 die „Russengefahr“ im preußischen Osten endgültig gebannt war und die lokalen Verhältnisse relativ stabil blieben. Und obwohl die zivilen polnischen Organisationen und die polnische Presse eine für die deutschen Behörden unbefriedigende ‚neutrale‘ Haltung einnahmen sowie sich weder an der Zeichnung von Kriegsanleihen noch an Aktionen zur Unterstützung des Deutschen Roten Kreuzes nennenswert beteiligten, so wurde ihnen doch keine Affinität zum russischen Gegner unterstellt (tatsächlich hegten diese Kreise in ihrer Mehrheit viel eher wachsende Sympathien für die westlichen Ententemächte). Schon wegen ihrer Sprachkompetenz kamen außerdem zahlreiche preußische Polen – v.a. solche mit höherer Bildung, die sich bzw. ihren Söhnen derart häufig eine „u.k.“-Stellung verschafften – ab 1915 in der deutschen Besatzungsverwaltung im Osten zum Einsatz. Vor allem aber erwiesen sich die *Masuren*, trotz der unschönen und vor allem überflüssigen Germanisierungspolitik der Vorkriegsjahre, unverändert als preußisch und deutsch gesinnt. Sie wirkten hauptsächlich in den unmittelbar angrenzenden Gebieten Mittelpo-

²⁵ Ebenda, f. 274-279: Abschrift einer Mitteilung des Landrats Kr. Schwetz vom 10.1.1915 an Innenministerium.

lens bzw. Masowiens als zuverlässige Gewährsleute der deutschen Kriegsinteressen, was die wirtschaftliche Ressourcenausbeutung ebenso einschloss wie die Anwerbung polnischer Zivilarbeiter, die de facto häufig Zwangsarbeiter waren.²⁶ Die zu Kriegsbeginn in Preußen befindlichen polnischen Saisonarbeiter russischer Staatsangehörigkeit waren ohnehin gleich zwangsweise im Lande behalten worden, um angesichts der eingezogenen Wehrpflichtigen die eigene Agrarproduktion zu sichern und zugleich dem russischen Gegner einen Teil der Rekruten im westlichen Grenzgebiet zu entziehen.²⁷

Nach dem erfolgreichen Ablauf der Mobilmachung taten die anfänglichen deutschen Erfolge ein Übriges, um etwaig vorhandene Loyalitätsschwankungen auf Seiten der Minderheiten nicht hervortreten zu lassen. Erst allmählich komplizierte die Kriegsentwicklung auch bestimmte Aspekte der inneren Heerespolitik wie z.B. die Frage der Minderheiten. So regten sich nach der Besetzung Russisch-Polens und Litauens im Frühjahr und Sommer 1915 in der Heeresführung gewisse Überlegungen dahingehend, ethnische Polen vorrangig im Westen einzusetzen, um ‚Fraternisierungen‘ zu vermeiden. Jedoch wurde diese Politik keineswegs konsequent umgesetzt; aus Einzelangaben polnischer Soldaten wird deutlich, dass sie – wie alle anderen – je nach Kriegslage an allen Frontabschnitten eingesetzt wurden. Von späteren Forderungen mancher Kommandeure nach einer gezielten bzw. selektiven Verwendung der Polen wird im Kontext der Desertionsfrage noch die Rede sein.

Was im Felde, besonders auf den unteren Befehlsebenen, wie schon im Frieden allerdings vorkam, waren herablassende bzw. diskriminierende Bemerkungen von Kommandierenden gegenüber Sprechern von Minderheitensprachen bzw. direkte Sprachverbote. Diesbezügliche Beschwerden erreichten Vertreter der preußischen und Reichsbehörden von Seiten polnischer Honoratioren. So gab es im Mai 1915 einen Schriftwechsel zwischen dem Polizeipräsidenten bzw. dem Oberpräsidenten in Posen und dem Innenministerium betreffend „das angebliche Verbot des Gebrauchs der polnischen Sprache beim

²⁶ Für diese Information danke ich Robert Traba (Berlin/Warschau).

²⁷ Vgl. etwa eine Verordnung des Stellvertretenden Kommandierenden Generals des II. (pommerschen) AK, Frhr. v. Vietinghoff, vom 17.8.1914, in: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BA B-L), Bestand R 1501, Reichsamt des Innern, Rechtsabteilung, Militaria, Generalia, Nr. 11: Das Mobilmachungswesen, Adh. 9: Der Kriegszustand, Adh. 9a: Anordnungen der stellv. Generalkommandos – II. Armeekorps, f. 6. Ausführlicher zu den Zwangsbestimmungen s. die Specialakten Nr. XII: „Akten betr. polnische Arbeiter“ (23.2.1915–13.11.1918), in: HStA Dresden – Kriegsarchiv, Stellvertretendes Generalkommando des XII. (1. K.S.) Armeekorps, Abt. I c [Abwehr], Nr. 12241.

Heere“. Auslöser war eine Beschwerde des Posener Prälaten Józef Kłos, der von seinem an der südlichen Ostfront dienenden Bruder Stanislaus (Stanisław) einen Brief erhalten hatte, in dem dieser mitteilte, in seinem Bataillon sei zweimal ein formales Verbot des Polnischgebrauchs verlesen worden. Der betreffende Offizier wurde folgendermaßen zitiert: „Wir sind deutsches Militär und Preussen und keine Polaken.“ Obwohl der Oberpräsident betonte, dass es sich bei dem Prälaten Kłos um einen bekannten nationalpolnischen Agitator handle,²⁸ empfand er die Angelegenheit als wichtig genug, um sie nach Berlin weiterzuleiten; zugleich unterstrich er, es gebe seitens der Militärbehörden kein solches Sprachverbot und er werde über die berichteten Vorfälle mit dem zuständigen Oberbefehlshaber Ost sprechen.²⁹ Fast gleichzeitig und zum selben Thema wandte sich der damals – wegen seiner guten Kontakte in katholisch-konservative polnische Kreise – als Polenbeauftragter der Reichsregierung tätige Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger am 20. Mai 1915 an den preußischen Innenminister. Ihm hatte unter Hinweis auf verschiedene Klagen aus der polnischen Bevölkerung über Sprachbeschränkungen der bekannte polnische Redakteur Wiktor Kulerski geschrieben, der vor 1914 ein scharfer Kritiker der preußischen Polenpolitik gewesen war, jetzt aber im Krieg gegen Russland die Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden suchte. Kulerski hatte angesichts der militärischen Briefzensur und dem Zwang, auf Deutsch zu schreiben, angemerkt: „Die Leute können doch meistens nicht genügend Deutsch, daran ist ja das wahnsinnige Unterrichtssystem selbst schuld. Die Angehörigen verstehen erst recht kein Deutsch.“³⁰

Nicht nur polnische, sondern auch deutsche Bildungsexperten sahen diesen negativen Zusammenhang mit der seit der Reichsgründung in Preußen betriebenen assimilatorischen Schulpolitik. Infolge dieser pädagogisch noch mehr als politisch destruktiven Maßnahmen wiesen viele Schüler nichtdeutscher Muttersprache große

²⁸ Józef Albin Kłos (1870–1938), Priester und bis 1915 sowie erneut ab 1924 Redakteur der nationalkatholischen Zeitung „Przewodnik Katolicki“ in Posen; vgl. Jerzy Kozłowski, Wielkopolska pod pruskim zaborem w latach 1815–1918 [Großpolen unter preußischer Herrschaft in den Jahren 1815–1918]. Poznań 2004, S. 251.

²⁹ GStAPK, I. HA, Rep. 77, Titel 863a: Weltkrieg, besonders Polenfrage, Nr. 8: Gebrauch der polnischen Sprache im Ortsfernsprechverkehr und beim Heere (1915), f. 5: Polizeipräs. Posen vom 2.6.1915 an Innenmin. und f. 6: Übersetzung eines Briefes des Landsturmmannes Stanislaus Kłos, 1. Komp., Feld-Btl. Süd, Inf.Rgt. Runge, Corps Dickhuth, an seinen Bruder, den Prälaten Kłos in Posen, gegeben zu Chudrynk, den 29.5.1915.

³⁰ Brief Erzberger vom 20.5.1915 an Innenministerium sowie Abschrift des Briefes von Wiktor Kulerski vom 3.5.1915 an Erzberger, in: Ebenda, f. 7 bzw. f. 8-11.

Sprachmängel auf und wussten sich weder auf Deutsch noch in ihrer Muttersprache korrekt auszudrücken.³¹ Tatsächlich hatte auch die Armee mit den Folgen dieser ‚zivilen‘ Politik zu kämpfen, und die ‚Verstreung‘ der nichtdeutschen Rekruten in heimatferne Gebiete hatte ein wesentliches Motiv ebendarin, sie zur Annahme eines funktional notwendigen Minimums an deutscher Sprachkompetenz zu nötigen.

Entsprechend ihrer Überzeugung, die – mindestens formale – Loyalität der Polen (und aller anderen nicht zum politisch-gesellschaftlichen Kern des Reiches zählenden Gruppen) allein durch eine erfolgreiche Kriegführung sichern zu können, wies die Reichsleitung schon unter dem vergleichsweise moderaten Bethmann-Hollweg Forderungen gerade auch konservativer Kreise, die Polen durch Konzessionen z.B. in der Sprachenpolitik enger an die kämpfende deutsche Nation zu binden, zurück. Auch nachdem sich die Hoffnung auf einen schnellen Sieg nicht erfüllt hatte, zeigte die Regierung in der inneren „Polenfrage“ keinerlei Elastizität, während sie im besetzten Russisch-Polen schrittweise eine Polonisierung begünstigte, die in der Proklamation des „Königreichs Polen“ am 5. November 1916 gipfelte.³² Angesichts dessen schrieb unter anderem der schon erwähnte Wiktor Kulerski im März 1917 einen weiteren, von Enttäuschung über die Starrheit der preußischen Polenpolitik geprägten Brief an Erzberger, den dieser an den damals schon weitgehend machtlosen Bethmann-Hollweg weiterleitete.³³

Weder diese allgemeinen innenpolitischen Gegebenheiten noch Vorkommnisse wie die oben genannten Diskriminierungen im Heer, die übrigens nicht verallgemeinert werden sollten,³⁴ beeinträchtigten jedenfalls die Funktionsfähigkeit der militärischen Strukturen merklich. Inwieweit sie die innere Einstellung der betroffenen Soldaten veränderten bzw. zu einer Politisierung oder gar Nationalisierung ih-

³¹ Vgl. Eva Rimmele, *Sprachenpolitik im Deutschen Kaiserreich vor 1914. Regierungspolitik und veröffentlichte Meinung in Elsass-Lothringen und den östlichen Provinzen Preußens*. Frankfurt a.M. 1996, S. 83-127.

³² Vgl. H. Lemke, *und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im Ersten Weltkrieg*. Berlin [Ost] 1977.

³³ Brief Erzberger an Bethmann-Hollweg vom 9.3.1917, in: BA B-L, Bestand R 43 (Alte) Reichskanzlei, I. Stammakten, Gr. 28: Parteien, 1. Politische Parteien, 1/5: Polen, 8 Bde. (1900–1918), Bd. 8 (1916–1918), f. 106; die Denkschrift Kulerskis als Anhang in f. 107-113.

³⁴ Von Soldaten polnischer Abstammung sind aus dieser Zeit durchaus unterschiedliche Erfahrungen überliefert. Neben mehreren negativen Zeugnissen schildern andere Soldaten eine – bei allem Misstrauen gegenüber der polnischen Minderheit – korrekte Behandlung durch ihre Ausbilder; alle diese Dokumente in der Biblioteka Kórnicka, Oddział w Poznaniu (Abt. in Posen), Sign. BK 11055 bzw. BK 12158/I und BK 12158/II.

res Denkens beitragen, lässt sich nur schwer einschätzen. Dass der unerwartet lang dauernde Weltkrieg mit seiner Mobilisierung und somit ‚In-Frage-Stellung‘ der überkommenen Ordnung generell zu einer Politisierung machtferner Schichten beitrug, ist bekannt – und ebenso, dass die exilpolitischen Führungskreise der „staatenlosen Völker“ mit fortschreitender Dauer des Krieges sich auf beiden Seiten der Front für eine Neuordnung in ihrem Sinne starkmachten. Für die die Masse der Bevölkerung stellenden Unterschichten an Front und Heimatfront war die Perspektive aber nicht unbedingt die gleiche. In mehreren im Polen der Zwischenkriegszeit erschienenen Erinnerungen ehemaliger preussischer Soldaten schildern diese, wie sie entweder schon vor dem Krieg oder – so die Mehrheit – während des Krieges zu einer nationalpolnischen Einstellung gelangt seien und in vielen Fällen auf eine Gelegenheit gewartet hätten, sich dem Kriegsdienst im deutschen Heer zu entziehen. Danach hätten sie sich in der Heimat versteckt gehalten und sich später am Großpolnischen Aufstand (ab dem 27. Dezember 1918) beteiligt.³⁵

An den Angaben über Einsatzorte und -zeiten sowie eventuelle Verwundungen und an anderen, dort genannten Fakten gibt es keinen Grund zu zweifeln. Auch die Aussagen über die Formen von Wehrpflichtentzug bzw. von Umgehungen der Dienstpflicht, sei es schon im Zuge der Musterung und Aushebung – hier oftmals unterstützt durch falsche Atteste polnischer Musterungsärzte – sind nachvollziehbar; und ebenso ist das Untertauchen desertierter Soldaten im Heimatgebiet dokumentiert.³⁶ Bei der hier zitierten Dokumentensammlung springt jedoch durchweg ein triumphierend-nationalistischer Unterton ins Auge, der suggeriert, die Sprecher hätten den gesamten Krieg mit einer sich aus einem klaren polnischen Nationalbewusstsein gespeisten inneren Distanz gegenüber dem „deutschen“ Krieg und „dem Gedanken an ein unabhängiges Polen“ zugebracht. Nun ist eine solche Haltung sogar bei dem bildungsbürgerlichen Autor einer gleichnamigen, 1978 veröffentlichten Briefsammlung³⁷ nicht in dieser Eindeutigkeit erkennbar. Grundsätzlich sollte man – wohlgemerkt ohne die Sachaussagen solcher Ego-Dokumente in Zweifel zu ziehen –

³⁵ Ebenda.

³⁶ Für Westpreußen vgl. Paweł Kosiński, *Prusy Zachodnie 1914 – Pomorze 1920* [Westpreußen 1914 – Pomorze 1920]. Warszawa 2002, S. 41 f.

³⁷ Józef Iwicki, *Z myślą o Niepodległej... Listy Polaka-żołnierza armii niemieckiej z okopów I wojny światowej 1914–1918* [Mit dem Gedanken an das Unabhängige (Polen)... Briefe eines Polen als Soldat der deutschen Armee aus den Schützengräben des Ersten Weltkriegs 1914–1918]. Wrocław 1978.

eine gewisse Vorsicht gegenüber den dort in auffällig gleichklingender Weise genannten patriotischen Motiven als Bekundungen einer gut vaterländischen Gesinnung *ex post* walten lassen, umso mehr, wenn sie, wie in diesem konkreten Fall, beinah ein halbes Jahrhundert später verfasst wurden. Die oben genannten Erinnerungen entstanden nämlich im Zuge eines *oral-history*-Projekts der Universität Posen im Jahre 1963, das erkennbar einer Art gedächtnispolitischer Konsolidierung dienen sollte. So schrieb beispielsweise der ehemalige Soldat Wincenty Grzeœkowiak: „Es gab eine ungeheure Zahl von uns aktiven preußischen[!] Kriegern, die der unbezähmbare Wunsch beherrschte, um die Befreiung Großpolens aus den Ketten der preußischen[!] Unfreiheit zu kämpfen.“³⁸

Sehr pauschal und ohne die nötige Distanz erscheint auch die folgende Aussage des Posener Historikers Marcelli Kosman: „Unter den Soldaten und Kadern [d.h. Offizieren und Unteroffizieren; J. B.] der kaiserlichen Truppen befanden sich – nach der Mobilmachung – Hunderttausende Polen, die auf eine Gelegenheit warteten, in eine wiedergeborene Armee im eigenen Land einzutreten (...)“.³⁹

Sein Kollege Roman Wapiński bezweifelt hinsichtlich der meisten damaligen Soldaten polnischer Nationalität, dass sie vor 1918 überhaupt eine klare politische Orientierung hatten, und sieht bei ihnen vielmehr eine pragmatisch-opportunistische Haltung: „[D]ieselben als Soldaten in der preußischen Armee dienenden Polen, die sich in ihrer entschiedenen Mehrheit bis zum Sommer 1918 loyal den Befehlen unterwarfen, bildeten in den letzten Monaten dieses Jahres den hauptsächlichlichen Rückhalt der Aufstandsvorbereitungen.“⁴⁰

Gewiss änderte sich Laufe des Weltkriegs das politische Bewusstsein vieler Polen. In den Jahrzehnten davor jedoch dürften die meisten von

³⁸ „Była nas dzielnych wojaków pruskich spora liczba, którym tak samo jak mnie przewodziła nieodparta cheć walki o wyzwolenie Wielkopolski z pęt niewoli pruskiej.“ Wincenty Grzeœkowiak, Powstanie Wielkopolskie jak je widzialem i mój udział w walkach powstańczych 1918/19 r. [Der Großpolnische Aufstand, wie ich ihn sah, und mein Anteil an den Aufstandskämpfen 1918/19; verfasst Dezember 1963], in: Biblioteka Kórnicka, Oddział w Poznaniu, Sign. BK 12158/I, S. 1.

³⁹ „Wśród żołnierzy i kadry oficerskiej wojsk cesarskich znajdowali się – po mobilizacji wojennej – setki tysięcy Polaków, którzy czekali na okazję, by wstąpić do odrodzonej armii we własnym kraju (...)“ Marcelli Kosman, Powstanie Wielkopolskie na tle walk o przetrwanie narodoœe pod zaborem pruskim [Der Großpolnische Aufstand vor dem Hintergrund der Kämpfe um das nationale Überleben unter preußischer Herrschaft]. Poznań 1993, S. 46.

⁴⁰ „[C]i sami Polacy-żołnierze armii niemieckiej, którzy w zdecydowanej większości do lata 1918 r. lojalnie poddawali się rozkazom, w ostatnich miesiącach tego roku stanowili główne oparcie przygotowań powstańczych.“ Roman Wapiński, Świadomość polityczna w Drugiej Rzeczypospolitej [Politisches Bewusstsein in der Zweiten Republik]. Łódź 1989, S. 195.

ihnen die Haltung des „Poznański“ geteilt haben: Dieser wies 1891/92 mehrfach die Unterstellung deutscher Zeitungen zurück, die Polen könnten Interesse an einem großen Krieg haben. Denn schon aus Gründen der Geografie würden sie dabei als Schlachtfeld zu dienen und die größten Opfer zu bringen haben.⁴¹ Hinzu kam die für viele Polen beklemmende Vorstellung, eventuell als gegnerische Soldaten – in der deutschen, österreichischen bzw. russischen Armee – aufeinander schießen zu müssen. So beschwor selbst der nationalpolnische Posener Aktivist Karol Rzepecki im Jahre 1912, als der Weltkrieg nahe schien, diese Gefahr: „Wie viele von uns[,] heute noch gesund und rüstig[,] können in wenigen Stunden, mit dem deutschen Waffenrock bekleidet, die Erde unserer Väter, unser höchstes Gut, mit ihrem eigenen Blute tränken. Wie viele von uns sollen oder werden die Waffe gegen ihre eigenen Brüder erheben müssen.“⁴²

Ganz ähnliche Bedenken hegten übrigens auch viele Soldaten aus Elsass-Lothringen, die Verwandte im französischen Heer hatten.⁴³ Es ist daher, und auch vor dem Hintergrund des allgemeinen neueren Forschungsstandes zum Ersten Weltkrieg, nicht sehr wahrscheinlich, dass die Angehörigen nationaler Minderheiten in ihrer Mehrzahl (d.h. unterschieden von der relativ kleinen intellektuellen Schicht politischer Aktivisten) nach 1914 einer durch nationalpolitische Hoffnungen motivierten positiven Deutung des Krieges angehangen haben sollten. Erst rückblickend, also nach den 1919 vorgenommenen Grenzänderungen zugunsten Polens, Dänemarks und Frankreichs – im polnischen Fall kam dazu noch der mehrjährige „Kampf um die Grenzen“ unter Führung Piłsudkis –,⁴⁴ hat sich wohl eine kollektive Erinnerung mit den angedeuteten teleologischen und zugleich selektiven Zügen herausbilden können.

Zitiert werden soll in diesem Zusammenhang noch aus einem anderen preußisch-polnischen Erinnerungswerk der Zwischenkriegszeit, dem 1930 verfassten, aber erst 1971 veröffentlichten „Eigenhändigen

⁴¹ Vgl. Ted Kaminski, *Polish Publicists and Prussian Politics*. Stuttgart 1988, S. 137 f.

⁴² Polizeibericht über zwei Versammlungen polnischer Vereinsleiter im Hotel „Bazar“ in Krotoschin am 5. und 6.12.1912, in: Archiwum Państwowe [Staatsarchiv] Poznań, Bestand 294 – Polizeipräsidium Posen, Sign. 5014: Acta betr. Polnisch Allgemeines [Polenbewegung], Bl. 6 f.

⁴³ Vgl. Christoph Jahr, *Gewöhnliche Soldaten. Desertion und Deserteure im deutschen und britischen Heer 1914–1918*. Göttingen 1998 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. 123), S. 266.

⁴⁴ Vgl. zur Wirkungsgeschichte Heidi Hein, *Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926–1939*. Marburg 2002 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropaforschung. 9).

Lebenslauf eines Arbeiters“ von Jakub Wojciechowski.⁴⁵ Dieser Erzähler schildert seine Dienstzeit im Heer vor und im Weltkrieg im Kern als ein, gegen teils „polenfresserische“ Ausbilder, mit Witz und Bauernschläue überstandenes Abenteuer. Bemerkenswert daran ist ganz allgemein das Fehlen des bei vielen anderen Autoren üblichen scharfen (und humorlosen) Nationalismus; darüber hinaus findet sich konkret zum Thema der Minderheitensituation eine Episode aus der Kriegszeit, die eine plausible Erklärung für eine Distanzierung vom „deutschen“ Krieg liefert als die üblichen nationalpolitischen Abstraktionen. Wojciechowski erzählt, dass die Zerstörung von Heiligenfiguren in einem Haus im besetzten Belgien durch deutsche Soldaten in ihm als Katholiken ein Gefühl der Solidarität mit den gleichfalls katholischen Belgiern und zugleich eine Entfremdung von der ‚gottlosen‘ preußisch-protestantischen Armee hervorgerufen habe.⁴⁶ Unabhängig von der Beurteilung der hier zum Tragen kommenden Stereotypisierung erscheint ein solcher Zusammenhang namentlich für Angehörige der Unterschichten der damaligen europäischen Gesellschaften durchaus glaubwürdig. Der Soldat Wojciechowski entkam den Schützengräben letztlich dadurch, dass er im Ruhrgebiet im Kohlebergbau eine kriegswichtige zivile Beschäftigung fand. An Desertion scheint er hingegen trotz der geäußerten Abneigung gegen den Krieg nie gedacht zu haben.

Tatsächlich war aber die Politik gegenüber Fahnenflüchtigen bzw. der Illoyalität verdächtigter Soldaten ein Gebiet, auf dem sich die preußisch-deutsche Minderheitenpolitik während des Weltkrieges besonders markant niederschlug. Schon im Frieden galt Fahnenflucht bzw. Gestellungsverweigerung, angesichts einer tendenziell die gesamte personelle und materielle Infrastruktur des Reiches erfassenden militärischen Planung, als schwere Straftat. In Abstimmung mit den Militärbehörden überprüfte das Auswärtige Amt bei Ausreise- bzw. Auswanderungswünschen von Männern im wehrfähigen Alter deren Status und suchte sie ggf. an der Ausreise zu hindern.⁴⁷ Bei vollzogener Fahnenflucht waren sowohl gegen den Delinquenten selbst als auch gegen seine Familie massive rechtliche und fiskalische Schritte möglich; diese reichten von der Aberkennung des Anrechts auf

⁴⁵ Jakub Wojciechowski, *Życiorys własny robotnika* [Eigenhändiger Lebenslauf eines Arbeiters]. Poznań 1971.

⁴⁶ Ebenda, S. 448 f.

⁴⁷ Vgl. die „Maßregeln gegen das heimliche Auswandern von Militärpersonen“, in: BA B-L, Bestand R 901: Auswärtiges Amt – Rechtsabteilung – Auswanderung, Allgemeines (1868–1931), Nr. 11 (4 Bde.).

den Einjährig-Freiwilligen-Dienst über den Entzug von Familienunterstützung bis zur Ausbürgerung.⁴⁸ In der entsprechenden Statistik hatten nach 1871 lange Zeit die zivil-individualistisch und ergo weitgehend ‚unpreußisch‘ denkenden Elsass-Lothringer die höchsten Werte aufzuweisen. Erst ab 1900 glichen sich die Zahlen dem Reichsdurchschnitt an. In den östlichen Bezirken lagen die entsprechenden Zahlen anfangs im pommerschen II. Armeekorps recht hoch – das auch Bromberg und den Norden der Provinz Posen umfasste –, gingen aber dort ebenfalls zurück. Das V. Armeekorps (südliche Provinz Posen sowie Niederschlesien) und vor allem das oberschlesische VI. Armeekorps mit ihren erheblichen polnischen Bevölkerungsteilen zeigten dagegen durchgängig relativ niedrige Zahlen.⁴⁹

Im Kriege wurde die Desertion in dem Moment zu einem militärisch und politisch relevanten Thema, als die Rückschläge im Westen zu einer Verlängerung des Krieges und einer Verstetigung der Front, also zum Stellungskrieg führten. Sowohl den Befehlshabern als auch den Soldaten stellten sich in der Folge – neben allgemeinen Problemen wie der militärischen Disziplin, der Versorgung oder der ‚Sinnfrage‘ – unerwartete „politische“ Fragen, die man im Frieden gerade in Preußen weitgehend aus der Armee herausgehalten hatte, wie die nach nationaler Identität und Loyalität. Bei der sich in den kommenden Jahren entwickelnden Politik der Armeeführungen gegenüber dem „Volk in Waffen“ sind nicht nur die zugrundegelegten Kategorien, Stereotypen und Mutmaßungen interessant, sondern besonders die dabei zu beobachtende Parallelität zwischen den preußisch-deutschen Militärbehörden und ihren Pendanten auf der anderen Seite der Front, besonders in der französischen Armee. Alle Minderheiten waren davon betroffen; allerdings legen die überlieferten militärischen Akten⁵⁰ die Vermutung nahe, dass die damaligen Maßstäbe offenbar

⁴⁸ Vgl. Jahr, *Gewöhnliche Soldaten* (wie Anm. 43), S. 87.

⁴⁹ Vgl. die Zahlen der „wegen unerlaubter Auswanderung gerichtlich verurteilt[en]“ Rekruten (in %) für die Rekrutenjahrgänge 1878 und 1889, in: *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*. Berlin 1 (1880) und 11 (1890), jeweils XIV. Kriegswesen, Haupt-Resultate nach Armeekorps, S. 150 bzw. S. 154, sowie Jahr, *Gewöhnliche Soldaten* (wie Anm. 43), S. 265 f.

⁵⁰ Hauptsächlich im Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA) in Freiburg i.Br. und in den Kriegsarchiven der drei Kontingentstaaten mit eigener Militärverwaltung Bayern, Sachsen und Württemberg. Ich selbst habe Akten der Hauptstaatsarchive (HStA) in Dresden und Stuttgart eingesehen; bzgl. der bayerischen Akten stütze ich mich auf deren Auswertung bei Benjamin Ziemann, *Fahnenflucht im deutschen Heer 1914–1918*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 55 (1996), H. 1, S. 93–130, sowie bei Jahr, *Gewöhnliche Soldaten* (wie Anm. 43). Bei allem Folgenden ist der grundsätzliche Vorbehalt zu beachten, dass die Überlieferungssituation für die westlichen Armeekorps besser ist als für die östlichen: Wegen der Zerstörung des deutschen Reichsarchivs (Heeresarchivs) beim britischen Luft-

primär anhand der Erfahrungen an der Westfront entwickelt wurden. Weiterhin scheint es, dass dabei besonders die Elsass-Lothringer im Visier der Behörden standen und an ihrem Beispiel ein Muster entwickelt wurde, das dann auch auf die anderen Minderheiten Anwendung fand.

In Elsass-Lothringen war es, ähnlich wie in den polnischen Gebieten, nach der Verhängung des Belagerungszustands am 31. Juli 1914 zu zahlreichen prophylaktischen Verhaftungen gekommen, die aber offenbar umfangreicher und härter durchgeführt wurden als im Osten. Eine wichtige Rolle spielte dabei neben dem generischen Misstrauen der Behörden gegenüber der Bevölkerung der Umstand, dass das Reichsland grenznahes Operationsgebiet war und dies im Unterschied zu den Ostprovinzen auch bis 1918 blieb. Viele Landsturmmänner – die, abgesehen von einem möglichen Einsatz im Festungsdienst, einen Hauptteil der Ersatzreserve bildeten – wurden „präventiv“ aktiviert, um ihre vermeintlich drohende Desertion über die schweizerische Grenze zu verhindern.⁵¹ Durchweg zeigt sich, dass den Soldaten aus dieser Region eine profranzösische Einstellung und folglich, bei entsprechender Gelegenheit, eine besonders hohe Neigung zum Überlaufen auf die französische Seite unterstellt wurde – und zwar sowohl von der deutschen als auch von der französischen Heeresführung.

Im Frühjahr und Sommer 1915 begannen die deutschen Militärbehörden aufgrund zunächst vager Meldungen über sich häufende Desertionen mit ersten Erhebungen. Die zeitlich frühesten dieser Nachrichten – nach Maßgabe des hier zugrundegelegten Materials – betrafen polnische Soldaten. So hatte schon im Februar 1915 das im Westen stehende mobile Generalkommando des V. Armeekorps das Stellvertretende Armeekorps in Posen darum ersucht, bei zukünftigen Ersatzaushebungen aus dem Heimatbezirk die Zahl „geborener Polen“ dabei „auf ein Mindestmaß“ zu reduzieren. Es sei nämlich unter den schwer zu überschauenden Verhältnissen des Stellungskrieges wiederholt zum Überlaufen gerade polnischer Soldaten gekommen.⁵² Daraufhin bat das Stellvertretende Generalkommando im März 1915 das

angriff auf Potsdam im April 1945 sind, abgesehen von Dubletten in den Beständen der genannten Landesarchive, Informationen über die östlichen Armeekorps praktisch nur noch in zivilen Archiven wie dem Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz oder dem Staatsarchiv Posen (Poznań) zu finden.

⁵¹ Vgl. Jahr, *Gewöhnliche Soldaten* (wie Anm. 43), S. 258.

⁵² Bericht des Stellv. Gen.-Kdo. des V. AK vom 4.3.1915 an Kriegsministerium, in: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Titel 863a: Weltkrieg, besonders Polenfrage, Nr. 2b: Preussische Polenpolitik. Verhalten der Polen im Kriege 1914/18, f. 342.

für das reichsweite Ersatzwesen zuständige preußische Kriegsministerium, bei der bevorstehenden Einberufung des Rekrutenjahrgangs 1915 die im Bezirk des V. Armeekorps ausgehobenen polnischen Soldaten auf alle im Westen stehenden Einheiten zu verteilen, da ihr Einsatz im Osten „aufgrund königlicher Erlasse“ nicht möglich sei.⁵³ Dass letztere Angabe nicht ganz stimmig gewesen sein kann, zeigt sich daran, dass fast gleichzeitig das schon einmal erwähnte, dem II. Armeekorps zugehörige Korps Dickhut – eine damals bei Płock in Russisch-Polen kämpfende Sondereinheit – das Stellvertretende Generalkommando in Stettin um die Ablösung mehrerer „unzuverlässiger“ Unteroffiziere und Mannschaften polnischer Abstammung ersuchte.⁵⁴ Von dem gleichen Verhalten berichtete im Mai 1915 das Oberkommando der Armee-Abteilung von Strantz, der das V. Armeekorps unterstellt war; so bestätigte es die Desertion polnischsprachiger Angehöriger des Grenadierregiments Nr. 6 im Februar 1915. Außerdem verwies es auf in französischen Beutedokumenten gefundene Verhörprotokolle einiger vermisster Soldaten, aus denen hervorgehe, dass polnische Militärgeistliche – d.h. solche auf deutscher Seite – die Soldaten zu ihrem Handeln motiviert hätten.⁵⁵ Sowohl der Kriegs- als auch das Innenministerium sahen sich genötigt, in dieser Sache nach einer Klärung zu suchen; besonders letzterer unterstrich, verlässliche Informationen über das Verhalten der Polen im Felde seien von großer Bedeutung für eventuelle Schritte in der Polenpolitik.⁵⁶

Inwieweit die angeführten Fälle tatsächlich einem Muster folgten, lässt sich von heute aus schwer beurteilen; die Berichte schienen aber bei vielen Amtsträgern bestehende Vorstellungen über die „nationale Unzuverlässigkeit“ der Minderheitenangehörigen zu bestätigen. Unklar waren sich die Korrespondenten unter anderem darüber, ob es sich bei solchen Desertionen um eigenständige Entschlüsse der betreffenden Soldaten handelte oder um das Resultat gezielter französischer Propaganda.

Ungefähr zur selben Zeit, seit März 1915, begannen bei den deutschen Militärbehörden erste Nachrichten über eine unter den in Frankreich internierten deutschen Kriegsgefangenen von den Franzosen systematisch betriebene Selektion einzulaufen, deren Ziel es

⁵³ Bericht Gen.-Kdo. des V. AK. vom 26.2.1915 an stellv. Gen.-Kdo. in Posen, in: Ebenda, f. 341.

⁵⁴ Abschrift vom 28.6.1915 eines Telegramms des Korps Dickhut II b No. 31, stehend bei Plock, an das Stellv. Gen.-Kdo. des II. AK vom 23.6.1915, in: Ebenda, f. 343.

⁵⁵ Bericht Ober-Kdo. der Armee-Abteilung von Strantz vom 17.5.1915, in: Ebenda, f. 339 f.

⁵⁶ Schreiben des Innenministers vom 23.9.1915 an Kriegsminister, in: Ebenda, f. 304.

offensichtlich war, die Minderheitenangehörigen durch eine Bevorzugung von den ‚echten‘ Deutschen zu trennen und eventuell sogar zum Kampf auf Seiten der Entente zu bewegen.⁵⁷ Auch Meldungen in der neutralen Auslandspresse bestätigten die gesonderte Unterbringung und Besserbehandlung der Polen, Dänen und Elsässer in bestimmten französischen Lagern. Während die Elsässer von dieser Offerte angeblich vollen Gebrauch machten, verhielten sich jedoch besonders die Polen meist ablehnend, mutmaßlich aus Furcht vor Bestrafung nach ihrer Rückkehr nach Preußen.⁵⁸ Der als Gegner jeder unnötigen Zuspitzung bekannte damalige Posener Oberpräsident v. Eisenhart-Rothe suchte in einem Schreiben an den Innenminister sowie an seine eigenen Posener Spitzenbeamten derartige Meldungen besonders bezüglich der polnischen Soldaten differenziert zu werten:

„Die Bestrebungen der Franzosen, die Polen durch falsche Nachrichten, bessere Behandlung, Überwachung u. dergl. für sich zu gewinnen und gegen die Deutschen aufzuhetzen, seien [nach Aussagen ausgetauschter Verwundeter] verschiedentlich erfolgreich gewesen, mehrfach sei aber auch die abgesonderte bessere Behandlung von den Polen abgelehnt worden. (...) Mit welcher Vorsicht alle Angaben über das Verhalten der Polen im Felde zu behandeln sind, geh[e] z.B. daraus hervor, dass, wie hier polizeilich festgestellt [sei], ein Teil der als Überläufer gemeldeten Polen sich ruhig noch bei seinem Truppenteil befinde[.]“⁵⁹

Zur Verfolgung solcher Meldungen ersuchte jedenfalls das preußische Kriegsministerium im August 1915 die stellvertretenden Generalkommandos, bei den mobilen Generalkommandos eine Umfrage „[z]ur Gewinnung einer Übersicht über den Umfang der Wehr- und Dienstpflichtentziehung seitens der französisch, polnisch oder dänisch ge-

⁵⁷ Vgl. Beglaubigte Abschrift des Gerichts des X. Reserve-Korps, gegeben zu O.U. Montaignu, 2.3.1915, über eidliche Aussage des San.-Uffz. d.L. Heinrich Strüber, 3./R.D.6, zur Behandlung von Gefangenen in Frankreich, in: GStAPK, Nr. 16: Reichsangehörige Polen und Elsässer in der frz. Armee und Verhalten der zur Armee gehörigen Polen (1915–17), ohne Foliierung.

⁵⁸ So z.B. der Artikel „Die Polen in französischer Gefangenschaft“ (im Original wohl: „Polacy w niewoli francuskiej“) im „Dziennik Berliński“ vom 20.5.1915 unter Berufung auf die „Neue Zürcher Zeitung“ als Quelle (deren Datum nicht genannt), in: Ebenda.

⁵⁹ Schreiben Oberpräsident Posen, von Eisenhart[-Rothe], vom 8.9.1915 an Innenminister – weitergereicht an Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten Posen – über Meldungen zur Besserbehandlung der polnischen und elsässischen Gefangenen in Frankreich, in: Ebenda.

sinnnten Teile der Grenzbevölkerung (...):⁶⁰ Auf dieser Basis fertigte es offenbar ab Oktober 1915 monatliche Listen von „angeblich zur französischen“ bzw. „russischen Armee übergelaufenen Deutschen“ an⁶¹ – „angeblich“, weil eine Verifizierung dieser Angaben ja nur unter bestimmten Umständen möglich war, etwa beim Austausch von Gefangenen bzw. Verwundeten, durch die Feststellung ehemals eigener Soldaten unter feindlichen Gefangenen, ggf. durch gezielte Spionage usw. Diese Listen gingen zum einen an das preußische Innenministerium, zum anderen an alle Stellvertretenden Generalkommandos sowie an die Kriegsministerien Bayerns, Sachsens und Württembergs.

Bezeichnend ist, dass auch dort, wo die Listen juristisch korrekt von „Deutschen“ bzw. „Reichsangehörigen“ sprechen, die Aktenführung eindeutig auf die nationalen Minderheiten im Heer rekurrierte, in erster Linie auf die Polen und Elsässer bzw. Lothringer. Dementsprechend enthalten die Listen ganz überwiegend polnische Namen bzw. solche, die zwar deutsch sind, aber aufgrund begleitender Faktoren dem Reichsland als Herkunftsgebiet zugeordnet wurden. Zugleich jedoch enthüllen die Listen einschließlich der Randbemerkungen auch zahlreiche Fälle unklarer nationaler Zuordnung; hier flossen letztlich – ob den Bearbeitern bewusst oder unbewusst – die stets wiederkehrenden Probleme subjektiver bzw. objektiver Nationsbestimmung ein. Hinzu kam, dass die deutschen Behörden alle Fälle von Desertion grundsätzlich auf eine bestimmte, politisch-abstrakte – „russenfreundliche“, „profranzösische“, „deutschfeindliche“ usw. – Gesinnung der Soldaten zurückführten. Diese Zuschreibungen widersprachen nicht nur dem zuvor stets gehegten (und auf viele Mannschaftsangehörige gewiss auch zutreffenden) Bild des „unpolitischen“ Untertans, sondern sie erschwerten es den Behörden auch, eben die häufig „niederen“, „unpolitischen“, individuellen Beweggründe zu erkennen, die einer solchen Entscheidung zugrunde liegen konnten⁶² – wie wohl etwa schlicht der Wunsch, den „Stahlgewittern“ lebend zu entkommen. Hieran sieht man, wie der Weltkrieg das Denken in (vermeintlich) klaren Kategorien förderte.

⁶⁰ Abschrift Preußisches Kriegsministerium vom 27.8.1915 an alle stellvertretenden Gen.-Kdos., in: HStA Stuttgart, Württembergisches Kriegsarchiv, Bestand M 77/1: Stellvertretendes Generalkommando XIII. Armeekorps (1914–1918), Nr. 825: Wehr- und Dienstpflichtentziehungen, militärischer Landes- und Kriegsverrat ([1913] Oktober 1915 – Januar 1918), ohne Folierung.

⁶¹ Solche Listen liegen für verschiedene Daten der Jahre 1915 bis 1918 in den Aktenbeständen des stellvertretenden Gen.-Kdos. des XIII. AK vor.

⁶² Vgl. Jahr, *Gewöhnliche Soldaten* (wie Anm. 43), S. 192.

Auffällig ist in den meisten Listen die gegenüber den polnischen Delinquenten ungleich größere Zahl von Überläufern aus Elsass-Lothringen. In diesem Kontext als rückblickende Bewertung interessant sind – gewiss pauschale – Aussagen wie die des Posener Genossenschaftsdirektors und Deutschtumsaktivisten der Zwischenkriegszeit Friedrich Swart, dem zufolge es unter den Polen „viel weniger (...) Fahnenflüchtige (...) als unter den aus Elsaß-Lothringen stammenden Soldaten“ gegeben habe. Die polnischen Soldaten hätten sich, aus konservativer Gesinnung, zu weiten Teilen bis Ende 1918 an ihren Eid auf den Kaiser gebunden gefühlt.⁶³ Absolute Zahlen für die verschiedenen Gruppen sind wohlgeerntet aus den erhaltenen Unterlagen nicht festzustellen – monatlich werden dort einige Dutzend Deserteure aufgezählt. Der genannte relative Befund jedoch stand mit hoher Wahrscheinlichkeit damit in Verbindung, dass die französische Seite für die Elsass-Lothringer das ‚nationalpolitische‘ Angebot bereithielt, durch Bekenntnis nahtlos in eine andere Nation eintreten zu können (was nach 1919 allerdings zu einem neuen Assimilationsdruck führen sollte).

Die wohl bedeutendsten erhaltenen Aktenbestände zum Thema besitzt das württembergische Kriegsarchiv im Hauptstaatsarchiv Stuttgart; sie stammen sowohl vom damals im Felde stehenden Generalkommando des XIII. Armeekorps als auch von seinem in Stuttgart verbliebenen Stellvertreter. Das mobile Generalkommando legte seit Juni 1915 einen Aktenvorgang unter dem Titel „General-Akten betreffend Elsaß-Lothringer. Israeliten. Schleswig-Holstein[ische] Dänen“ an;⁶⁴ auffällig ist daran sowohl das Fehlen der offenbar im Bereich des XIII. Armeekorps weniger bedeutenden Gruppe der Polen als auch die Hinzunahme der „Israeliten“, also der Juden. Letzteres stand im Kontext der sich 1916 entspinneenden Diskussion um den Anteil der Juden an der deutschen Wehrleistung.

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit standen hier jedenfalls eindeutig die elsässisch-lothringischen Soldaten; die herrschende Atmosphäre soll hier im Überblick gezeichnet werden. Mehrfach wurde von Kommandeuren diskutiert, ob man jene nicht ausschließlich im Osten einsetzen solle, also fern der ‚verführerischen‘ West-

⁶³ Friedrich Swart, *Diesseits und jenseits der Grenze. Das deutsche Genossenschaftswesen im Posener Land und das deutsch-polnische Verhältnis bis zum Ende des zweiten Weltkrieges.* Leer 1954, S. 58.

⁶⁴ HStA Stuttgart, Württembergisches Kriegsarchiv, Bestand M 33/2: Mobiles Gen.-Kdo. des XIII. AK (1914–1918), Nrn. 681 (Anfangen 30.6.1915. Beendigt: 13.9.1918) und 682 (Anfangen 17.10.1916. Beendigt: 11.7.1918), beide ohne Follierung.

front. In einer summarischen Stellungnahme unterstrich das preußische Kriegsministerium im Januar 1916 die Notwendigkeit einer differenzierten Herangehensweise, brachte aber zugleich einen generellen Spionageverdacht zum Ausdruck. So sollten zwar nur „nachweislich unzuverlässige“ Elsass-Lothringer im Osten eingesetzt werden; generell aber seien alle Soldaten aus dem Reichsland „aus dem Militär-Verwaltungsdienst und aus anderen militärischen Stellungen im Rücken des Westheeres zu entfernen, in denen sie Gelegenheit haben, Einblicke in die Kriegsgliederung oder in sonstige militärisch wichtige Einrichtungen und Maßnahmen zu gewinnen.“⁶⁵

Im Oktober 1916 ließ das Armeeoberkommando (AOK) 4 seinen elsässisch-lothringischen Soldaten mitteilen, sie hätten ihre Feldpost künftig ausschließlich auf Deutsch abzufassen (dies sollte, zusammen mit einer verschärften Kontrolle des Postverkehrs ins Reichsland, der erleichterten Zensur dienen, brachte aber kaum Ergebnisse⁶⁶); zugleich wies es die Korps- und Divisionschefs an, die Zahl der ihnen unterstellten Elsass-Lothringer zu ermitteln und mitzuteilen.⁶⁷ Dass auch Polen und Dänen im Visier der Militärbehörden standen, zeigt eine Mitteilung des preußischen Kriegsministeriums an das württembergische vom Februar 1917. Der Meldung „einer Division“ an der Westfront zufolge setzte sich demnach „die *an sich geringe* Zahl der Überläufer *nach wie vor in der Hauptsache aus Polen*, neuerdings aber auch aus schleswig-holsteinischen Dänen zusammen (...)“. Da eine „Agitation dänischer Kreise in Nordschleswig“ unter den auf Heimaturlaub befindlichen Soldaten vermutet wurde, ersuchte man darum, vorläufig „dänische Deutsche nicht zu beurlauben“.⁶⁸ Wiederum auf die reichsländischen Soldaten richtete sich eine Weisung des Chefs des Generalstabs (Ludendorff) an die AOKs vom März 1917, wonach aus dem Urlaub zurückkehrende Elsass-Lothringer „längere Zeit zu beobachten“ seien, da ihre (angeblich) unter dem Einfluss der Heimat erhöhte Desertionsneigung mit der Zeit nachlasse, „wenn die Elsaß-Lothringer lediglich unter deutsch fühlenden Kameraden stehen.“ Dazu seien sie „möglichst voneinander zu trennen“.⁶⁹ Das

⁶⁵ Mitteilung des preußischen Kriegsministeriums vom 11.1.1916 über „Entfernung elsäß-lothringischer Militärpersonen aus dem Westen“, in: Ebenda, Nr. 681.

⁶⁶ Vgl. Jahr, *Gewöhnliche Soldaten* (wie Anm. 43), S. 260 f.

⁶⁷ AOK 4 [nördliche Westfront] vom 9.10.1916 an unterstellte Truppen, in: HStA Stuttgart, Württembergisches Kriegsarchiv, Bestand M 33/2: Mobiles Gen.-Kdo. des XIII. AK (1914–1918), Nr. 681.

⁶⁸ Preuß. Kriegsministerium vom 9.2.1917 an Württ. Kriegsministerium (weitergeleitet an AOK 1 und Gen.-Kdo. XIII), in: Ebenda; kursive Hervorhebungen im Text von J. B.

⁶⁹ Chef des Generalstabs des Feldheeres vom 8.3.1917 an die AOK pp., in: Ebenda.

Vorhandensein „deutsch fühlender“ Elsass-Lothringer erschien der 3. OHL offenbar nicht (mehr) realistisch.

Kurz darauf ordnete dann das preußische Kriegsministerium einige zentrale Maßnahmen an: Zunächst befahl es im April 1917 die grundsätzliche Ermittlung wegen Verdachts der Beihilfe zum Landesverrat gegen Angehörige fahnenflüchtiger Elsass-Lothringer, Dänen und Polen; gegen andere Staatsangehörige – ‚echte‘ Deutsche also – fand dieses Sonderrecht keine Anwendung. (Ein im November 1916 von der 3. OHL unternommener Versuch, die Angehörigen in Beugehaft zu nehmen, war allerdings gescheitert.)⁷⁰ Im Mai 1917 verfügte das preußische Kriegsministerium eine Änderung bei der militärischen Verwendung der Elsass-Lothringer: In Abkehr von der bisherigen Praxis, „unzuverlässige“ Elsass-Lothringer bzw. „Franzosenfreunde“ nach dem Osten, d.h. zu den Stellvertretenden Generalkommandos I, II, XVII und XX abzuschicken,⁷¹ sollte jetzt deren direkte Zuweisung an bestimmte Armeeabteilungen erfolgen, und zwar „im Austauschverfahren gegen altdeutsche und polnische Mannschaften möglichst der gleichen Jahrgänge“. Ziel sei ihre weitgehende Entfernung aus dem Westen und möglichst gleichmäßige Verteilung auf die deutschen Ostarmeen; das gelte auch für den zukünftigen Ersatz.⁷² Dass dies logistisch und psychologisch nicht ganz einfach von staten ging, zeigt die folgende, wenig später nachgereichte Mitteilung des Kriegsministeriums: „Durch diese Überweisungen werden nun einzelne Ostarmeen leicht in einer Weise mit solchen Mannschaften durchsetzt, die sie nicht nur anderen Armeen gegenüber benachteiligt, sondern die auch eine ernste Gefahr für die Disziplin und den Kampfwert der Truppe darstellt.“ Daher sei die Verteilung der Elsass-Lothringer auf die östlichen Truppenteile zentral durch den Oberbefehlshaber Ost vorzunehmen.⁷³

Es wirft überdies etwas Licht auf die inneren Zustände wenigstens mancher Einheiten, wenn das Ministerium sich im August 1916 zu betonen genötigt sah, die genannte, gleichsam aus höheren Motiven

⁷⁰ Vgl. Jahr, *Gewöhnliche Soldaten* (wie Anm. 43), S. 258 f.

⁷¹ D.h. in die Bezirke Königsberg, Pommern, Westpreußen und Masuren, nicht aber nach Posen (V. AK).

⁷² Preuß. Kriegsministerium vom 18.5.1917 an alle AOKs über „Verwendung der Elsass-Lothringer“, in: HStA Stuttgart, Württembergisches Kriegsarchiv, Bestand M 33/2: Mobiles Gen.-Kdo. des XIII. AK (1914–1918), Nr. 681; im Zweifel sah man offenbar die Polen als verlässlicher an.

⁷³ Abschrift einer Meldung des Preuß. Kriegsministeriums vom 2.6.1917 an AOK 2 über „Verwendung von Elsass-Lothringern“, in: Ebenda, Nr. 682.

erlassene Verfügung vom Mai stelle keine Rechtfertigung für eine „ungerechte und verletzende“ Behandlung von Elsass-Lothringern durch „untere Dienstgrade“ dar; vielmehr sei das „Gerechtigkeitsgefühl der Leute“ zu achten.⁷⁴ Eine kaum zu bewältigende Aufgabe stellte in diesem Zusammenhang der Kommandierende General des XIII. Armeekorps im Januar 1918 seinen Kompanieführern, indem er sie anwies, im Sinne gerechter Behandlung zunächst die „Gesinnung jedes Einzelnen“ herauszufinden. Dies tat er im Kontext weiterer Maßnahmen gegen die bei den Elsass-Lothringern antizipierte Desertionsgefahr, wie z.B. die Verfügung, diese vor der Front nie einzeln, sondern nur als Doppelposten zusammen mit einem „zuverlässigen Reichsdeutschen“ Wachdienst tun zu lassen.⁷⁵ Wie konjunkturabhängig diese ganze Politik war, belegt die gleichzeitige Aufhebung der besagten Verfügung vom Mai 1917; jetzt, d.h. angesichts des deutschen Teilsieges im Osten und im Vorfeld der Frühjahrsoffensive im Westen, wirke eine ausschließliche Verwendung dort wie eine „Belohnung für die Unzuverlässigkeit von Elsaß-Lothringern“.⁷⁶ Der Generalverdacht wurde also aufrechterhalten und ebenso die allgemeinen Sicherheitsmaßnahmen. Zur Koordinierung richtete man noch im Juni 1918 eine zentrale Erfassungsstelle beim Oberkommando der Heeresgruppe Herzog Albrecht ein.⁷⁷

Diese Angaben aus den Unterlagen des mobilen Generalkommandos des XIII. Armeekorps betrafen die innere Situation der deutschen Armee. Die Aktenbestände des Stellvertretenden Generalkommandos in Stuttgart liefern hingegen neben den schon genannten Überläuferlisten einige Fakten über die oben erwähnten französischen Anstrengungen zur Trennung der Minderheitenangehörigen von den übrigen deutschen Soldaten, mit denen die Maßnahmen der deutschen Militärbehörden im Zusammenhang zu sehen sind. Aus erbeuteten Dokumenten erfuhren diese, dass die französische Armee kooperationswillige und daher als „gut“ (bons) eingestufte Elsass-Lothringer und Polen (sowie teils auch Dänen) von den ‚Deutschen‘ getrennt und in Vorzugslager (aus deutscher Sicht „Verräterlager“) gebracht würden – die Elsass-Lothringer hauptsächlich in das Lager Monistrol-sur-Loire, die Polen in das Lager Le-Puy-en-Velay und die Dänen nach Auril-

⁷⁴ Preuß. Kriegsministerium vom 23.8.1917 an alle Gen.-Kdos., in: Ebenda, Nr. 681.

⁷⁵ Befehl Kommandierender General des XIII. Armeekorps – Gruppe Caudry – vom 28.1.1918, in: Ebenda, Nr. 682.

⁷⁶ Preuß. Kriegsministerium vom 12.1.1918 an alle Gen.-Kdos., in: Ebenda, Nr. 681.

⁷⁷ Preuß. Kriegsministerium vom 21.6.1918 an alle Gen.-Kdos. „Betr. Einheitliche Bearbeitung des gesamten Materials über Elsass-Lothringer“, in: Ebenda.

lac (später kamen noch einigere kleinere Lager hinzu). Außerdem gab es für alle Gruppen zusammen ein Vorzugslager im englischen Feltham. Dass dabei auf die betreffenden Soldaten ein erheblicher Druck ausgeübt wurde, belegte der Umstand, dass für diejenigen, die sich – trotz scheinbar ‚natürlicher‘ Eignung dazu – der Anwerbung verweigerten, eigene Straflager (aus deutscher Sicht „Lager für Treugesinnte“) eingerichtet wurden, und zwar in Gerzat-Chagnat, Moulins/Montlucon sowie in Mons-par-le-Puy (wie die Vorzugslager im Zentralmassiv bzw. im Bourbon gelegen).⁷⁸

In einer für die preußisch-deutschen Militärbehörden nicht untypischen autoritären Mischung aus Milde und Strenge bemühten sie sich, neben schweren Strafandrohungen gegen potenzielle Deserteure und ihre Familien, auch konstruktiv darum, der Desertierten im Interesse der eigenen Wehrkraft wieder habhaft zu werden. So setzte das preußische Kriegsministerium im September 1916 ein aufwändiges Geheimunternehmen zur Ermittlung von Deserteuren unter den gefangenen Soldaten der Gegner, zunächst vor allem der französischen Armee, in Gang. Speziell geschulte und sprachlich dazu geeignete Offiziere jedes Korpsbezirks wurden in die Gefangenenlager geschickt, um dort unter den nominell französischen Gefangenen deutsche Staatsbürger und somit Wehrpflichtige herauszufinden – etwa durch Vergleiche der Personalangaben, das Studium ihres Verhaltens, Schriftproben, Französischkenntnisse, die Überprüfung angeblicher Ortskenntnis in Frankreich usw. Dabei galt zwar das Hauptaugenmerk wiederum den Elsass-Lothringern, jedoch sei, „soweit die Sprachkenntnisse der Hilfskräfte es gestatte[te]n und die sonstigen Umstände es naheleg[t]en, (...) auch nach Fahnenflüchtigen polnischer und dänischer Zunge zu forschen.“⁷⁹ Der leitende Offizier betonte erneut die Notwendigkeit genauer Differenzierung und ging

⁷⁸ Angaben zusammengestellt aus: Württ. Kriegsministerium vom 16. Juni 1916 an Stellvertretendes Generalkommando des XIII. Armeekorps – Betreff: Wehr- und Dienstpflichtentziehung, in: HStA Stuttgart, Württembergisches Kriegsarchiv, Bestand M 77/1: Stellvertretendes Generalkommando XIII. Armeekorps (1914–1918), Nr. 825: Wehr- und Dienstpflichtentziehungen, militärischer Landes- und Kriegsverrat ([1913] Oktober 1915 – Januar 1918), ohne Foliierung; Preuß. Kriegsministerium vom 2.10.1917 an Württ. Kriegsministerium – Verhalten kriegsgefangener Elsaß-Lothringer, Polen und Dänen. Vorzugslager in Frankreich, in: Ebenda, Nr. 933: Akten betr.: Verdächtige deutsche Kriegs- und Zivilgefangene und Ueberläufer (4.12.1917–19.9.1918), f. 4.; Preuß. Kriegsministerium vom 19.9.1918 an alle Befehlshaber, in: Ebenda, f. 14.

⁷⁹ Kriegsministerium vom 28.9.1916 an alle stellvertretenden Gen.-Kdos. – Geheim. Betr.: Ermittlung deutscher Fahnenflüchtiger (Elsaß-Lothringer, Polen, Dänen) unter den Kriegsgefangenen, in: Ebenda, Nr. 924: Akten betr.: Ermittlung fahnenflüchtiger Deutscher (28.9.1916–2.11.1918), f. 1.

zugunsten der Betroffenen – sowie im Einklang mit zahlreichen Berichten von der anderen Seite – davon aus, dass von den Deserteuren „die große Mehrzahl nur einem sehr starken völkerrechtswidrige[n] Zwange (...) Folge geleistet ha[be].“⁸⁰ Dies bestätigte auch ein in England gefangen gewesener deutscher Offizier, der aussagte, dass dort mit ihm gefangene „Elsaß-Lothringer, Posener, Oberschlesier und Dänen“ gezwungen worden seien, „gegen ihren Willen in das Ueberläuferlager überzusiedeln“.⁸¹

Wie viele Deserteure auf diese Weise letztlich gefunden wurden, geht aus den vorliegenden Akten nicht hervor. In jedem Fall kann als sicher gelten, dass die meisten Soldaten, gleich welcher ethnischen Zuordnung, bis zum Sommer 1918 ihren Dienst taten. Das Phänomen der Desertion war im deutschen Heer (im Unterschied etwa zum französischen) nie ein Problem, das die Kampfkraft wesentlich beeinträchtigt hätte. Erst als sich im August/September 1918 das Heer im Westen zurückzuziehen begann und sich nach dem Überschreiten des Rheins auflöste, dürfte sich einer größeren Zahl von Minderheitenangehörigen die neue nationale Option aufgedrängt haben. Die Elsass-Lothringer sahen sich faktisch bereits mit dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 in einem neuen Staat aufgehoben; dadurch hatten sie zwar kaum Spielraum für eigene politische Ideen, andererseits war der Übergang – getragen durch den Mythos der „Befreiung“ – für sie sehr bequem. Nachdem ihre Angehörigen in den preußischen Ostprovinzen, die schon seit der Proklamation des „Königreichs Polen“ am 5.11.1916 immer unverhohlener nationalpolnische Forderungen aufgestellt hatten und hierin durch eine konziliatorische Politik der preußischen Regierung bestärkt worden waren, fühlten sich viele polnische Soldaten jetzt vor allem durch die bekanntwerdenden Inhalte der „Vierzehn Punkte“ von Präsident Woodrow Wilson ermutigt und behielten bei der Rückkehr in die Heimat – anders als die meisten Deutschen – ihre Waffen, die dann beim schon erwähnten Großpolnischen Aufstand zum Einsatz kamen. Ihnen half es psychologisch, dass sie sich durch die Arbeit ihrer Exilpolitiker im Lager der Sieger befanden und der Krieg gleichsam in elfter Stunde einen Sinn

⁸⁰ Denkschrift von Dr. Pohlmann, Leutnant und Nachrichtenoffizier, „Über deutsche Wehrpflichtige im französischen Heere und über die Ermittlung solcher Wehrpflichtiger in unseren Kriegsgefangenenlagern“, in: Ebenda, f. 1a.

⁸¹ Rundschreiben Stellvertretendes Gen.-Kdo X. AK, Obere Leitung in Sachen der Ermittlung deutscher Fahnenflüchtiger unter den Kriegsgefangenen, Tagebuch-No. 3925, vom 16.7.1918 an die Leiter des Ermittlungsdienstes bei sämtlichen stellvertretenden Gen.-Kdos. oder Inspektionen der Gefangenenlager, in: Ebenda, f. 22a.

erhielt, während er den Deutschen verlorenging. Außerdem standen sie durch ihre konservative Haltung der sozialistischen Revolution, die das Reich erschütterte, gleichgültig gegenüber und trachteten allein danach, diese innere Krise Deutschlands für die eigene nationale Sache auszunutzen. Aber diese Einstellung war bei den meisten weniger Ausdruck einer lebenslang gepflegten Überzeugung als vielmehr eine Folge ihrer Kriegserfahrung.